



NIEDERSCHRIFT

über die 24. Sitzung des Mobilitätsausschusses der

Stadt Landau in der Pfalz

am Mittwoch, 11.01.2023,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 20:16



Anwesenheitsliste

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Julius Baur

Felix Gerig

Moritz Haas

Vertreter für Ben Schwarz

Sophia Heimann

Vertreterin für Dr. Lea Heidbreder

CDU

Cyrus Bakhtari

Oliver Blanz

Dr. Andreas Hülsenbeck

SPD

Paule Albrecht

Vertreterin für Aydin Tas

Adrian Koder-Horsten

FWG

Aniello Casella

Hermann Eichhorn

FDP

Carsten Triebel

DIE LINKE

Moritz Ranalder

Pfeffer und Salz

Marianne Brunner



beratende Mitglieder

Susanne Brunck bis 19:05 Uhr (TOP 4)

Moritz Raatz

Dr. Martin Schröder Vertreter für Dieter Wörle

Vorsitzender

Lukas Hartmann

Berichterstatter*in

Ralf Bernhard

Stefan Grewenig

Christoph Kamplade

Anna Kästner

Sonstige

Sandra Diehl

Schriftführerin

Stefanie Dausch

Entschuldigt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Lea Heidbreder vertreten von Sophia Heimann

Ben Schwarz vertreten von Moritz Haas

SPD

Aydin Tas vertreten von Paule Albrecht



beratende Mitglieder

Suhila Almati

Dieter Wörle

vertreten von Dr. Martin Schröder



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Sachstand Auftakt Landau Takt 2022
3. Klimaschutz durch Radverkehr: Ausbau und Modernisierung der Glacisstraße
Vorlage: 660/335/2022
4. Quartierskonzept Landau - Süd
Vorlage: 660/336/2022
5. Parkraummanagement
- 5.1. Fortschreibung des Parkraummanagements in Landau in der Pfalz
Vorlage: 660/339/2022
- 5.2. Änderung Parkgebührensatzung
Vorlage: 300/058/2022
6. Verschiedenes

Infoveranstaltung Königstraße am 24.01.2023

Signalisierung des Schlüsselknotens

Bekanntmachung über die Lärmaktionsplanung 2022 Rheinland-Pfalz



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Moser entnahm einem Zeitungsbericht, dass in der Moltkestraße von Seiten der Verwaltung eine Parkplatzauslastung von 40-80 Prozent festgestellt wurde. Er erkundigte sich, wie die Verwaltung zu dieser Annahme kam. Wurde an verschiedenen Tagen und Uhrzeiten gezählt und werden die Ratsmitglieder detailliert informiert oder werden pauschale Aussagen getroffen?

Herr Bernhard antwortete, dass in der Südstadt Parkraumuntersuchungen durchgeführt wurden. Mitarbeiter*innen zählten an verschiedenen Tagen die parkenden Fahrzeuge. Hierbei wurde eine stärkere Auslastung rund um die Maria-Ward-Schule festgestellt. Je weiter man nach Osten gehe, desto weniger Parkdruck bestehe. Diese Unterlagen und Pläne einschließlich der einzelnen Zähltage könnten bei Bedarf den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Herr Sonnen fragte, weshalb in der Bismarckstraße kein separater Radweg angelegt wurde und bemängelte, dass für einen höheren Parkplatzerhalt keine Senkrechts- sondern Längsparkplätze eingerichtet wurden. Die Konflikte zwischen den Verkehrsteilnehmern habe sich seit dem Umbau nicht verbessert.

Der Vorsitzende begründete dies damit, dass nach der StVO ein getrennter Radweg nicht in einer 30-Zone eingerichtet werden dürfte. Außerdem sind die Konflikte bzw. Gefährdungen zwischen Auto- und Radverkehr bei Senkrechtparkern größer als bei Längsparkern.

Herr Sonnen warf ein, dass im Wohnpark Am Ebenberg ein Radweg trotz der 30-Zone bestehe.

Der Vorsitzende antwortete, dass in einigen Fällen beim Bau eines Radweges noch keine 30-Zone bestand. Diese wurden teilweise erst im Nachhinein eingerichtet. Die Velo-Routen im Wohnpark sind komplett neu gebaut und befinden sich nicht innerhalb bestehender Straßenräume – deshalb konnten sie dort als eigenständige Fahrspur errichtet werden.

Herr Bernhard ergänzte, dass Radfahrstreifen auf der Fahrbahn einer 30-Zone nicht gestattet sind. In der Bismarckstraße hätte die Breite der Fahrbahn nicht ausgereicht, um Senkrechtparkplätze oder einen eigenen Radweg anzulegen.

Ein weiterer Anwohner erkundigte sich, ob die Verwaltung Maßnahmen vorsehe, die für eine Einhaltung der maximalen Fahrgeschwindigkeit eines verkehrsberuhigten Bereichs Sorge.

Frau Kästner sagte, dass im Wohnpark Am Ebenberg die Anwohner*innen zunächst über das korrekte Fahr- und Parkverhalten in einem solchen Bereich informiert werden. Im nächsten Schritt werde das Fehlverhalten sanktioniert.



Herr Moser fragte, ob vor der Umgestaltung einer Straße bzw. eines Quartiers Erhebungen erfolgen, die zum einen die Anzahl der Anwohner*innen und den Parkraumbedarf und zum anderen die Ausweichmöglichkeiten ermitteln, oder ob ohne jegliche Grundlage Parkplätze halbiert werden.

Des Weiteren wollte er wissen, weshalb die betroffene Bürgerschaft nicht vor solch eingreifenden Maßnahmen in das Verfahren involviert werde.

Der Vorsitzende erläuterte, dass in den letzten Jahren mehrmals über die Parkraumproblematik der Südstadt diskutiert wurde und Unterlagen öffentlich zugänglich gemacht wurden. Es wurde mehrmals ein Anwohnerparken geprüft, welches unter den geltenden Richtlinien nicht eingerichtet werden konnte.

Vor zwei Jahren wurde die gesamte Parkraumbewirtschaftung neu strukturiert, um unter anderem dem Parkdruck in der Südstadt entgegenzuwirken. Er habe Rückmeldungen erhalten, dass die Anwohner*innen eine Verbesserung wahrgenommen hätten.

Es würden vermehrt private Abstellmöglichkeiten genutzt werden und der Parksuchverkehr habe abgenommen.

Des Weiteren sei die Verwaltung nicht dafür verantwortlich für den privaten Bereich Parkraum zu schaffen.

Eine Bürgerbeteiligung über die breite Information der Öffentlichkeit hinaus, im Sinne einer Mitarbeit, zu komplexen Themen bei persönlichen Betroffenheiten sei nicht zielführend. Er verwehre sich aber gegen den Vorwurf, dass die Öffentlichkeit und damit auch die Anwohner*innen im Planungsverfahren nicht involviert gewesen seien.

Der Vorsitzende ergänzte, dass über 1.400 öffentliche Stellplätze in der Südstadt vorhanden seien. Das Mobilitätskonzept und der Umbau der Südstadt wären wiederholt öffentlich vorgestellt worden. Die Arbeitsweise erfolge immer gleich. Zunächst gebe es einen Grundsatzbeschluss, ein Förderprogramm oder einen sonstigen Rahmen, welcher die Basis für die weitere Detailplanung zu Einzelmaßnahmen darstelle. Dezernat 1 sei für die Fragen der allgemeinen Beteiligung zuständig, an dessen Weisungen und Befugnisse er sich halte. Ihm sei die letzten Jahre keine andere Verfahrensweise bekannt. Aus seiner Sicht wurden die Bürgerinnen und Bürger intensiv beteiligt.

Eine Anwohnerin fragte, ob berücksichtigt werde, dass lediglich sechs Parkplätze für Besucher*innen von Gottesdiensten oder Hochzeiten der Marienkirche vorhanden seien.

Dies bejahte der Vorsitzende.

Es gab keine weiteren Anfragen der anwesenden Anwohner, daher wurde dieser Punkt geschlossen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Sachstand Auftakt Landau Takt 2022

Der Vorsitzende führte ein, dass es bisher zu den erwarteten positiven Reaktionen innerhalb von Landau gekommen sei. Was nicht erwartet wurde, war die Annahme der Kreisbürger*innen, die ÖPNV-Verbindungen würden durch den Landauer Takt ebenfalls in deren Gebiet verbessert werden. Er bedauerte diese Erwartungen geweckt zu haben.

Herr Grewenig erläuterte die Veränderungen durch die Einführung des Landauer Taktes. Unter anderem hob er die zahlreichen Umsteigemöglichkeiten im Innenstadtring sowie die neue Linie nach Mörzheim und die neu konzipierte Linie 539 bis zum Bahnhofstempel nach Knöringen hervor.

Kleinere Defizite in der Schülerbeförderung konnten kurzfristig behoben werden, indem Zeiten angepasst wurden. Für Kapazitätsengpässe werde aktuell noch mit dem Fahrunternehmen nach Lösungen gesucht.

Das Angebot der VRNflexline, welches als Ergänzung für den Linienverkehr eingerichtet wurde, würde sehr gut angenommen und für die Zwecke genutzt werden, für die es gedacht war.

Die Einrichtung der Haltestellenschilder werde nochmals auf Richtigkeit überprüft und nachgebessert. Auch sind noch nicht überall die Aushänge aktualisiert worden.

Herr Baur war überrascht, wie gut und flexibel die Fahrten durchgeführt werden. Der Bustakt sei für Landau eine erhebliche Verbesserung.

Herr Casella fragte, weshalb die Parkplätze an der westlichen Bushaltestelle im Westring für die gesamte Länge entfernt wurden.

Der Vorsitzende antwortete, dass der Wegfall der Parkplätze auf beiden Seiten beschlossen worden sei. Da die Fahrbahn des Westrings für den Fließverkehr freigehalten werden soll, müsse für den Bus Platz zum Halten geschaffen werden.

Herr Koder-Horsten sah noch Probleme im Bereich der Schülerbeförderung und werde diesbezüglich eine Anfrage an die Verwaltung einreichen. Er bedauerte, dass die Anmerkungen der Fraktion, zuletzt bei der Sitzung am 12.10.22, offenbar nicht ernst genug genommen wurden. Jetzt müsste im laufenden Betrieb nachgebessert werden, was zur Verärgerung der Kundinnen und Kunden führe. Er erkundigte sich, wo man die Gesamtzahl an Rückmeldungen samt Inhalt einsehen könne und bat um Zusendung dieser Daten, um sich ein Bild über den Umfang machen zu können.

Der Vorsitzende lehnte die Weiterleitung der Beschwerden aus Gründen des Datenschutzes ab. Zwei Kritikfelder hob er hervor und hinterfragte, ob es für Schülern*innen zumutbar wäre, 400 Meter Schulweg vom Hauptbahnhof zum Schulzentrum Ost zu bewältigen. Seiner Meinung nach sei dies zumutbar und wurde bei den Planungen für das Verkehrskonzept Queichheim berücksichtigt und einstimmig beschlossen. Ein zweiter Punkt, der für großen Unmut Sorge, betraf die Veränderung der Linienführung von Göcklingen nach Landau. Hier sei man auf die Mitwirkung des Landkreises angewiesen. Es werde ein Lösungsvorschlag zur Verbesserung erarbeitet und dem Ausschuss in der nächsten Sitzung vorgestellt.

Herr Dr. Hülsenbeck hatte vernommen, dass der Schulweg zwischen ESG und Osteingang Bahnhof nicht ganz sicher sei.



Der Vorsitzende bestätigte diese Aussagen. Das Ordnungsamt wurde daraufhin beauftragt Kontrollen durchzuführen. Aufgrund der Witterung wurde das befürchtete Klientel nicht angetroffen. Man werde dies bei besserem Wetter nochmals überprüfen und die Präsenz verstärken.

Des Weiteren werde noch ein weiterer Eingang zum Schulgelände hergerichtet, um den Schulweg zu verkürzen.

Herr Triebel erkundigte sich, ob das Angebot der VRNflexline auch gut von älteren Personen per Telefon genutzt werde.

Herr Grewenig informierte, dass hierzu noch keine belastbaren Daten vorlägen. Wie erwartet gingen allerdings die meisten Buchungen per App ein.

Herr Koder-Horsten ergänzte zu seiner Kritik, dass es bei seinen kritischen Punkten nicht um das Schulzentrum Ost ginge. Dies halte er für eine positive Entwicklung.

Es sei unnötig, dass zusätzlich zum Schulbus noch sechs weitere Flexbusse den Alten Meßplatz nach Mörzheim bedienen müssten, weil der Schulbus zeitlich nicht erreichbar wäre. Auch der Bus nach Germersheim würde seiner Kenntnis nach zu früh abfahren.

Herr Gerig fragte, weshalb die VRNflexline-App nicht in die myVRN-App integriert wurde.

Herr Grewenig sagte, dass dies im Laufe des Jahres noch erfolgen soll, derzeit aber noch nicht möglich ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, die Ausschussmitglieder nahmen die Informationen zu diesem Tagesordnungspunkt zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Klimaschutz durch Radverkehr: Ausbau und Modernisierung der Glacisstraße

Der Vorsitzende informierte, dass die Verwaltung in der Glacisstraße eine Einbahnstraßenregelung vorschlägt, damit beidseitiger Parkraum und Baumbestecke ermöglicht werden. Für eine Gegenläufigkeit des Verkehrs fehle etwa ein Meter Breite. Dies wäre nur dann möglich, wenn man sich auf einen einseitigen Parkstreifen und einseitige Baumbepflanzungen beschränken würde. Allerdings gäbe es dann die Option den Gehweg zu verbreitern. Eine Abwägung der Vor- und Nachteile verschiedener Varianten fand statt und das Ergebnis werde nun dem Ausschuss zum Beschluss vorgelegt.

Herr Bernhard erläuterte, dass die Planungen auf Strategiekonzepte basieren. Im beschlossenen Mobilitätskonzept seien die Funktionen und Klassifizierungen der Straßen festgelegt. Das Klimaanpassungskonzept verdeutlicht, wie wichtig eine Durchgrünung des Straßenraumes ist, um dem Wärmestau in der Stadt entgegenzuwirken.

Ziel der Verkehrsführung in der Südstadt sei die Öffnung nach Norden zur L 509 Marienring/Rheinstraße, um Schleichverkehr in den Wohnstraßen zu vermeiden. Dafür werden Bismarck- / Moltke- und Ludowicistraße als Nord-Süd-Achsen geöffnet. Ein direktes Erreichen über den Marienring werde dadurch ermöglicht.

Im Weiteren führte Herr Bernhard die Planungen der einzelnen Straßenzüge und ihre Zusammenhänge anhand der vorgelegten Anlagen aus.

Die gesamte Glacisstraße soll mit 44 Bäumen und insgesamt 61 Stellplätzen, baulich durch Natursteinpflaster abgesetzt, ausgebaut werden.

Die Baukosten werden zu 80 Prozent über das Förderprogramm Klimaschutz durch Radverkehr finanziert, was den Anteil der wiederkehrenden Beiträge und den städtischen Anteil massiv reduziert.

Zeitlich ist der erste Abschnitt, Bismarckstraße bis zur Moltkestraße, wegen der Förderung bis Ende 2025 abzuschließen. Der Baubeginn ist für 2024 geplant. Der zweite Abschnitt, Bismarckstraße bis zur Cornichonstraße, folge nach Abschluss des ersten Abschnittes.

Herr Gerig begrüßte die Planungen aufgrund der erhöhten Aufenthaltsqualität, der Begrünung und der Klimaanpassung. Die Einbahnstraßenregelung sei ein guter Kompromiss zum Erhalt vieler Parkplätze, auch wenn er sich ein anderes Verhältnis gewünscht hätte.

Herr Bakhtari hielt zunächst fest, dass es aufgrund der Architektur in der Glacisstraße viele Mehrfamilienhäuser mit engen Hofeinfahrten gebe. Mangels privater Abstellmöglichkeiten seien viele Anwohner*innen auf öffentliche Flächen für das Abstellen ihrer Autos angewiesen.

In der östlichen Glacisstraße seien bereits einige Vorgärten vorhanden. Er schlug daher vor, sich in diesem Bereich auf 10 statt 20 Bäume zu beschränken und mehr Stellplätze zu schaffen. Auch in den anderen Bereichen sollte die Anzahl der Baumbestecke überdacht werden.

Herr Bakhtari stellte im Namen der CDU-Fraktion den Antrag auf Vertagung und bat die Verwaltung um Überarbeitung der Sitzungsvorlage.

Herr Koder-Horsten beantragte für die SPD-Fraktion ebenfalls die Vertagung.

Der Wunsch aus der Bürgerschaft auf direkte Beteiligung sei sehr deutlich, dies fehlte ihm bei dieser Maßnahme und sollte berücksichtigt werden.



Herr Casella sprach für die FWG-Fraktion, dass die Glacisstraße nicht als Fahrradvorrangroute geeignet sei. Hierfür biete sich die Vogesen- oder Cornichonstraße besser an. Die gefährliche Einbahnstraße mit gegenläufigem Radverkehr sei dann nicht notwendig.

Abermals werden Parkplätze von 128 auf 61 reduziert. Die Moltkestraße verlor bereits 34 Stellplätze. Es könne nicht weiter hingenommen werden, dass bei jeder Straßenneugestaltung die Anzahl der Parkplätze erheblich abnimmt.

Er betonte, dass klar sei, dass die Verkehrswende kommen müsse und dass Einschränkungen unvermeidlich seien, allerdings könne der Radverkehr nicht über alles gestellt werden.

Es werde in Zukunft weiterhin Fahrzeuge geben. Diesem Bedarf müsse nachgegeben werden und Stellplätze müssten erhalten bleiben.

Herr Casella beantragte, Alternativen vorzulegen, bei der die höchstmögliche Anzahl an Parkplätzen bestehen bleibe, ansonsten müsste die Vorlage abgelehnt werden.

Frau Brunner hatte zu der Verwaltungsvorlage inhaltlich keine Bedenken, jedoch werde sie sich nicht gegen den Antrag einer Bürgerbeteiligung stellen.

Sie habe Bedenken, ob sich der Parkdruck wie gewünscht entspanne, da sich der Parksuchverkehr in die umliegenden Straßen verlagern könnte.

Herr Triebel schloss sich dem Antrag der CDU-Fraktion an. Er hatte auch den Eindruck, dass östlich und westlich bereits viel Stadtgrün vorhanden sei. Es sollte nochmal geprüft werden, ob man hier nachbessern könnte. Die Parkplätze scheinen benötigt zu werden, da die Fahrzeuge nicht von heute auf morgen verschwinden.

Herr Ranalder befürwortete das Begrünen auf der öffentlichen Fläche. Er bezweifelte, dass die Anlagen auf privaten Flächen für die Klimaanpassung ausreichen. Es wäre gut, wenn eine Analyse des Parkplatzbedarfes und von Ausweichflächen vorgelegt werden würde. Unabhängig davon, würde er der Vorlage dennoch zustimmen.

Herr Baur erinnerte, dass das Mobilitätskonzept unter der Bürgerbeteiligung nach einem langen Prozess erstellt wurde. Die Fahrradvorrangroute wurde darin deklariert, daher könne nicht behauptet werden, es werden nun Maßnahmen über Nacht umgesetzt.

Herr Gerig ergänzte, dass seiner Meinung nach bei einer Bürgerbeteiligung kein Abbild der Allgemeinheit gefunden werde. Es würden nur die Betroffenen kommen, die für sich einen Parkdruck empfinden und für den Erhalt des Parkraums kämpfen.

Herr Dr. Schröder teilte seinen Eindruck mit, dass er eine Verlagerung des Parkdrucks in die Vogesenstraße befürchte.

Herr Bernhard mahnte an, dass die Sommer immer heißer werden. Alle waren sich einig, dass mehr zur Kühlung der Stadt gemacht werden müsse.

Sobald eine Maßnahme aber umgesetzt werden soll, zeige sich leider, dass die Erhaltung von Parkplätzen eine höhere Priorität habe als der Klimaschutz.

Der Vorsitzende bestätigte Herrn Bernhards Aussage. Nachweislich mindern Bäume mit einer entsiegelten Fläche die Lufttemperatur um einige Grade. Eine Baumbepflanzung sei das effizienteste Mittel, um das Klima entscheidend zu verbessern.



Die Planungen basieren auf der Grundlage von Stadtratsbeschlüssen und die Glacisstraße wurde als Fahrradstraße in dem Klimaschutzprogramm durch Radverkehr aufgenommen.

Für das weitere Verfahren müsse nun ein Auftrag an die Verwaltung erfolgen. Eine Vertagung alleine führe keine Veränderung bei.

Es sei nicht möglich, mit einem Beschluss des Mobilitätsausschusses gegen einen Stadtratsbeschluss vorzugehen. Das Klimaanpassungskonzept wurde einstimmig beschlossen. Um das Konzept auszusetzen, müssten die Ausschussmitglieder ihr Anliegen dem Stadtrat vortragen.

Der Vorsitzende bat um eine Entscheidung, wie das weitere Verfahren verlaufen soll.

Frau Diehl stellte noch richtig, dass es eine umfassende Bürgerbeteiligung gab. Es wurden Beteiligungsplattformen und Medien genutzt, Bürger*innen hatten die Möglichkeiten Stellung zu beziehen.

Herr Dr. Hülsenbeck konkretisierte, dass man für die Anwohner*innen eine Vorstellung der Planung wünsche und entsprechendes Feedback mitaufnehme.

Frau Albrecht bestätigte, dass es zwar eine Beteiligung für die Konzepte gab. Allerdings sei es den Anwohnern*innen wichtig, dass die konkreten Ausbaupläne der Straße mit den Anliegern*innen besprochen werden.

Sie stellte den Antrag, dass die geplante Beteiligung zum Verkehrskonzept Süd unter Einbeziehung der Glacisstraße erfolgt.

Herr Baur stimmte einer Bürgerbeteiligung zu, dies sollte dann aber bei allen Maßnahmen erfolgen und durchgesetzt werden. Der Meinung von Herrn Bernhard schloss er sich an, dass jeder Klimaschutz wolle, aber nur wenn es einen nicht direkt betreffe.

Ungeachtet dessen, ob Beteiligung bei anderen Projekten erfolge oder nicht, dürfe die heutige Anwesenheit und das Interesse nicht außer Acht gelassen werden. Herr Casella schloss sich den Anträge der SPD- und CDU-Fraktion an.

Herr Ranalder sei immer für Bürgerbeteiligung, daher stimmte er dem zu. Des Weiteren sei er der Meinung von Herrn Baur und es wäre wünschenswert, wenn grundsätzlich bei allen Bauprojekten, unabhängig von einer Mehrheit oder Status, Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt werden würden.

Der Mobilitätsausschuss stimmte bei zwei Enthaltungen und vier Gegenstimmen mehrheitlich der Vertagung zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Quartierskonzept Landau - Süd

Der Vorsitzende erläuterte die Ziele, die mit der Umgestaltung des Quartiers Süd bezweckt werden sollen.

Dabei ginge es um die Förderung des Fuß- und Radverkehrs, die Verbesserung von verkehrsgefährdenden Bereichen, die Vermeidung des Durchgangsverkehrs sowie die Verringerung von erhöhten Geschwindigkeiten.

Herr Bernhard führte die drei Varianten im Einzelnen aus, die das Ziel haben, die Zufahrt der Anwohner*innen zu gewährleisten, jedoch den Durchgangsverkehr auszuschließen.

Die Variante 1 bedeute, dass die Hans-Stempel-Straße bis zur Brücke Süd als Einbahnstraße ausgewiesen werde. Anwohner des Wohnparks Am Ebenberg können weiterhin nach Süden ausfahren, aber über die Eutzinger Straße nicht mehr in Richtung Südstadt und Wohnpark einfahren. Die Zufahrt sei über den südlichen Bereich nicht mehr möglich, sondern nur noch über die Weißenburger Straße, den Marienring und die Schlossstraße. Der Vorteil sei, dass die Maßnahme schnell umgesetzt werden könnte und der Berufsverkehr nicht mehr durch das Wohngebiet stadteinwärts fahre. Linienverkehr und Einsatzfahrzeuge dürften weiterhin, auch gegen die Einbahnstraße einfahren.

Bei Variante 2 sind modale Filter an den Verbindungsstraßen der Wohnstraßen angedacht. Dies unterbinde die Durchfahrt von Norden nach Süden sowie durch den Wohnpark. Die Zufahrt sei von Süden kommend durch die Eutzinger Straße und von Norden kommend, wie bisher, über die Cornichonstraße sichergestellt.

Variante 3 sehe ebenfalls den Einsatz eines modalen Filters vor, der die Durchfahrt unterbindet. Eine Erschließung des Südens sei nur noch über die Cornichonstraße gegeben, jedoch nicht mehr über die Eutzinger Straße und die Brücke Süd.

Die Umsetzung einer dieser Variante bedeute eine Mehrbelastung anderer städtischer Straßen. Hier müsse abgewogen werden, ob die Entlastung des Durchgangsverkehrs im Wohnpark in einem ausgewogenen Verhältnis zu einer Mehrbelastung in der Südstadt steht.

Der nächste Schritt ist die Vorstellung des Konzeptes in einer Bürgerversammlung der Südstadt und des Wohnparks. Die sich daraus ergebenden Belange der Anwohner*innen würden dann zur Entscheidungsfindung beitragen. Anschließend werde der Beschlussvorschlag dem Ausschuss zur Entscheidung vorgelegt.

Herr Gerig sprach sich für die Varianten 2 und 3 aus. Bisher hätten sämtliche Bemühungen nicht funktioniert, die Fahrgeschwindigkeit zu verringern.

Herr Bakhtari sei gegen den modalen Filter an der Stelle Cornichonstraße / Friedrich-Ebert-Straße. Durch den Umbau der Schlüsselkreuzung habe sich der Verkehr bereits drastisch reduziert. Die vorgesehenen Maßnahmen in der Südstadt würden die Durchfahrt der Cornichonstraße unattraktiv machen. Es fände nur noch Ziel- und Quellverkehr statt. Zur Reduzierung der Geschwindigkeit sei ein Kreisels im Bereich Friedrich-Ebert-Straße / Cornichonstraße möglich. Das Material wäre bereits vorrätig. Herr Bakhtari forderte nach Abschluss der Baumaßnahme an der Schlüsselkreuzung, eine Verkehrszählung durchzuführen. Des Weiteren wies er darauf hin, dass in diesem Bereich keine qualifizierte Gefahrenlage bestünde. Ein so weitreichendes Eingreifen in das Verkehrssystem der Südstadt sei nicht verhältnismäßig.



Der Vorsitzende informierte, dass es eine Verkehrszählung gab und hierbei erhebliche Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt wurden. Dies und nicht die Anzahl der Verkehrsteilnehmer sei der Grund für ein Handeln.

Frau Albrecht wollte zunächst die Versammlung abwarten, um sich ein Bild der Vor- und Nachteile der Maßnahmen bilden zu können. Erst danach werde man sich hierzu positionieren.

Auch Herr Casella wollte die Bürgerbeteiligung und deren Ergebnisse abwarten. Einen modalen Filter in der Cornichonstraße fand er nicht passend. Man erzeuge unnötige Umwege. Das Gebiet habe sich erheblich vergrößert, daher könne man nicht beurteilen, ob es sich um Schleichverkehr oder um Anliegerverkehr handle. Er hatte Bedenken, dass für das neue Ärztezentrum, Krankenhaus und Rettungskräfte Nachteile entstehen könnten.

Frau Brunner hatte selbst die Erfahrung gemacht, dass in der Cornichonstraße gerast werde. Dagegen müsse gehandelt werden. Ihrer Meinung nach hätte sich während der Bauphase der Schlüsselkreuzung der Schleichweg durch die Südstadt erhöht. Sie setzte darauf, dass sich dies nach Abschluss des Umbaus wieder verbessere. Allerdings würden dennoch Maßnahmen erforderlich sein, da sich einige Menschen an diese Schleichwege gewöhnt hätten. Nach ihrer Kenntnis sei die Eutzinger Straße ursprünglich nicht als Zugangsstraße in den Wohnpark angedacht, daher spreche nichts dagegen, den Verkehr dort rauszunehmen.

Es sei abzuwarten, welche Möglichkeit die Anwohner*innen bevorzugen würden.

Herr Kamplade stellte klar, dass die Eutzinger Straße, Cornichonstraße und die Paul-von-Denis-Straße als Zufahrt in den Wohnpark Am Ebenberg geplant waren. Der gesamte westliche Teil wurde als Sackgasse konzipiert, welches auch so funktioniere und keine Verkehrsprobleme bereite.

Herr Triebel fand die Vorlage gelungen. Eventuell komme nach der Bürgerbeteiligung noch eine weitere Option dazu. Die Verbindung von Medivicus zu Krankenhaus sollte man im Hinterkopf behalten, spätestens, wenn es um Schleichverkehr in der Mozartstraße ginge. Er stimmte zu, dass es eine bauliche Maßnahme benötige, um den gewünschten Effekt zu erzielen.

Herr Ranalder schloss sich der Aussage von Herrn Triebel an.

Herr Bakhtari fragte, ob eine Notfallfahrt vom Medivicus zum Krankenhaus nur über die Cornichonstraße, Friedrich-Ebert-Straße und Glacisstraße möglich sei. Er gab zu Bedenken, dass jeder Umweg verhindere, dass der Krankenwagen rechtzeitig am Krankenhaus ankomme und der*die Patient*in versterbe. Dies sei durch eine direkte Strecke vermeidbar.

Der Vorsitzende gab zu Bedenken, dass es solche Konstrukte vielerlei gebe. Herr Bernhard arbeite an einer baulichen Lösung, die es Rettungskräften möglich mache, trotz der modalen Filter geradeaus fahren zu können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und die Mitglieder des Mobilitätsausschusses nahmen die Informationen zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Parkraummanagement

s. Niederschrift zu TOP 5.1.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5.1. (öffentlich)

Fortschreibung des Parkraummanagements in Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende führte aus, dass man die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung vorschlage, um Parkdruck, der sich in die anliegenden Straßen verlagert, entgegenzuwirken. Zudem könne dies einen Beitrag zum Haushaltsausgleich leisten. Das Missverhältnis zwischen den Gebühren des Tagestickets und den Kurzzeitparkgebühren soll behoben werden. In diesem Zuge soll der Kauf eines Jahresparkscheins durch einen Rabatt von zwei Monaten honoriert werden.

Herr Ranalder stellte den Antrag die Punkte 2-4 der Beschlussvorschläge ersatzlos zu streichen. Er begründete dies damit, dass eine Ausweitung des bewirtschafteten Bereiches geboten sei, unter anderem weil dies die ADD für einen Haushaltsausgleich verlange. Allerdings sei es angebracht, zuerst die kostenfreien Parkplätze gebührenpflichtig zu machen, bevor man in bestehenden Parkquartieren Gebühren erhöhe. Im Sinne der Fairness sollten erst die Nutzer zahlen müssen, die noch kostenfrei parken, bevor man bereits Zahlende durch eine Gebührenerhöhung nochmals belaste.

Der Vorsitzende verdeutlichte zum Verständnis, dass eine Ausweitung eine erheblich größere Aufgabe darstelle als die Veränderung von Tarifen. Die Aufstellung von weiteren Parkscheinautomaten benötigte sechs bis neun Monate. Das bedeute, bis mit Geldeinnahmen zu rechnen sei, helfe die Erweiterung des Gebietes nicht. Kurzfristig können Einnahmen nur durch eine Erhöhung der Gebühren erzielt werden.

Herr Triebel wollte wissen, in welchem Verhältnis sich die errechneten Mehreinnahmen durch die Ausweitung bzw. durch die Erhöhung zusammensetzen.

Herr Grewenig sagte, dass dies schwer zu sagen sei. Grundsätzlich generiere man die meisten Einnahmen im Quartier Innenstadt, im speziellen durch den Alten Meßplatz. In Bereichen, bei denen die Anzahl der parkenden Fahrzeuge höher ist, wirke sich eine kleinere Erhöhung mehr aus, als in den Wohnquartieren.

Frau Kästner teilte mit, dass die Tagestickets oft weitergegeben werden. Durch die Erhöhung erhoffe man sich Verlagerungseffekte beim Ticketkauf. Man gehe von einer erhöhten Nutzung des Kurzeittickets aus und dass die Weitergabe des Tagestickets dadurch unattraktiver wird.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass der ursprüngliche Beschluss, zum 01.01.23 die Gebühren zu erhöhen ausgesetzt wurde. Aufgrund dessen, dass eine weitere Änderung notwendig wurde, sah man von einer doppelten Erhöhung in kurzer Zeit ab.

Herr Baur teilte die Argumentation von Herrn Ranalder. Problematisch sei jedoch der erhöhte Parkraumdruck in der Kernstadt, weshalb auch eine Abstufung des Gebührensystems eingeführt wurde. Dennoch sollte für jedes Gebiet mittelfristig ein gutes Konzept erarbeitet werden.

Herr Bakhtari stimmte dem Parkraummanagement zu. Er schlug vor, dass auf dem Weißquartierplatz das Parken mit einem Dreistudenticket begrenzt werde, damit die Fluktuation zur Innenstadt gefördert werde.

Die CDU-Fraktion sei dafür gewesen, die Parkraumausweitung bis zum Schützenhof auszudehnen.



Frau Albrecht konnte nachvollziehen, dass durch eine Parkraumerweiterung dem Verdrängungseffekt entgegengewirkt wird.

Heute eine Entscheidung zu treffen, fiel ihr schwer. Da die Ausweitung für 2026 vorgesehen sei, müsse man zuerst beobachten und feststellen, in welchen Gebieten welche Maßnahmen erforderlich seien.

Die Abschaffung des Anwohnerparkens sei ein Fehler gewesen. Die Beschwerden aus der Innenstadt seien hoch. Das teure Jahresticket und erhöhter Park-Such-Verkehr führe bei vielen zu Unmut.

Man werde sowohl die Ausweitung als auch die Erhöhung ablehnen.

Dem Antrag von Herrn Ranalder enthielt sie sich, da bei der Ausweitung die unterschiedlichen Gegebenheiten der Gebiete zu berücksichtigen seien.

Herr Casella stimmte dem Antrag der DIE LINKEN-Fraktion zu. Er sah die Parkraumausweitung kritisch und stellte in Frage, ob die Kosten-Nutzen-Relation im Schützenhof gerechtfertigt sei.

Frau Brunner befürwortete die Gebührenerhöhung, um den Haushalt zu entlasten.

Ihr fiel es schwer, der Ausweitung heute zuzustimmen. Dies müsste man nach und nach beobachten und darüber diskutieren.

Herr Triebel signalisierte die Zustimmung zu der Sitzungsvorlage. Das Tagesticket sei im Vergleich zum Kurzzeitparkticket zu günstig. Der Erwerb des Jahrestickets werde durch einen Rabatt belohnt.

Er zeigte Verständnis für die Argumentation von Herrn Ranalder, allerdings habe man das Problem mit der Haushaltskonsolidierung. Dies sei durch die Kürze der Zeit nur durch eine Preiserhöhung lösbar.

Der Vorsitzende reagierte auf den Vorschlag von Herrn Bakhtari und lehnte eine zeitliche Begrenzung auf dem Weißquartierplatz ab. Wenn dies gewünscht sei, müssten alle vier Handlungsparkplätze gleich aufgestellt werden. Man solle aber die zu beschließende Maßnahme abwarten und beobachten, ob die Erhöhung des Tagestickets den gewünschten Effekt erziele.

Die Fragen von Herrn Blanz, ob die Automaten auf eine Kennzeicheneingabe umgestellt und große öffentliche Parkplätze mit einer Kennzeichenerkennung ausgestattet werden könnten, beantwortete Herr Grewenig, dass dies unrealistisch sei. Die Automaten seien mit solchen technologischen Möglichkeiten nicht kompatibel und müssten komplett ausgetauscht werden, was enorme Kosten verursachen würde. Vorrang habe das Handyparken, was eine steigende Tendenz aufzeige.

Herr Bernhard ergänzte, dass eine Prüfung zum Einsatz eines Kennzeichenerkennungsverfahrens am Alten Meßplatz bereits erfolgte, weil man dort wenige Automaten austauschen müsste und die vorhandenen Automaten an anderen Orten in der Stadt weiter eingesetzt werden könnten.

Frau Albrecht erkundigte sich, ob das Ordnungsamt mit weiteren Kräften ausgestattet werde.

Der Vorsitzende antwortete, dass mindestens eine weitere Vollzeitstelle im Haushalt angemeldet werde.



Da es keinen weiteren Klärungsbedarf gab, wurde über den Antrag der DIE LINKE-Fraktion abgestimmt.

Der Antrag wurde bei drei Zustimmungen, einer Enthaltung und zehn Gegenstimmen abgelehnt.

Zum Verständnis fragte Frau Brunner nach, ob bezüglich der Erweiterung über den blau markierten Bereich oder nur die schraffierten Bereiche abgestimmt werde. Wenn es nur um die schraffierten Bereiche und die Erhöhung gehe, könne sie zustimmen. Sie habe es so verstanden, dass über den blau markierten Bereich nicht abgestimmt werden dürfe, da dies Sache der Verwaltung sei.

Der Vorsitzende erklärte, dass die Karte der Satzung verändert werde, wo die Verwaltung grundsätzlich die Möglichkeit hätte, eine Bewirtschaftung zu beginnen, wenn es wegen Verdrängungseffekten nötig werde. Dies müsste dann nicht beschlossen werden, da es Angelegenheit der Verwaltung sei. Der Ausschuss entscheide über die Gebühren.

Den Beschlussvorschlägen wurde nach einzelner Abstimmung der Punkte mehrheitlich zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausweitung des Parkraummanagements auf Teilbereiche der Quartiere Nordost, Nord und West wie unter Punkt 1 beschrieben wird zugestimmt.
2. Der Erhöhung der Tagestickets in den blauen Parkquartieren auf 3 € und in der Innenstadt auf 4 € wird zugestimmt.
3. Der Anpassung der Dauerparkausweise wie unter Punkt 3 dargestellt wird zugestimmt. Dabei wird bei den Jahresparkausweisen ein Rabatt von 2 Monaten gewährt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die neuen Tarife in die Parkgebührensatzung zu überführen und die Änderungssatzung dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5.2. (öffentlich)

Änderung Parkgebührensatzung

s. Ausführungen zur Niederschrift 5.1.

Der Mobilitätsausschuss empfahl mehrheitlich bei fünf Gegenstimmen dem Hauptausschuss und dem Stadtrat dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Parkgebühren“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Verschiedenes

Infoveranstaltung Königstraße am 24.01.2023

Der Vorsitzende sagte, dass es am 24.01.23 über den Beginn des Umbaus in der Königstraße eine Infoveranstaltung geben werde.

Signalisierung des Schlüsselknotens

Der Vorsitzende vertagte diese Information in die nächste Sitzung.

Bekanntmachung über die Lärmaktionsplanung 2022 Rheinland-Pfalz

Herr Bernhard erläuterte, dass 2017 ein städtischer Lärmaktionsplan erstellt wurde. Dieser sei alle fünf Jahre zu aktualisieren. Künftig werde dies das Land übernehmen. Die Ergebnisse der Lärmkartierung seien im Internet dargestellt und die Öffentlichkeitsbeteiligung findet bis zum 28.02.2023 statt. Die Bürger*innen sollen hierüber durch das Amtsblatt und die Presse informiert werden.

Frau Albrecht erkundigte sich, was mit dem kommunalen Lärmaktionsplan passiere.

Herr Bernhard antwortete, dass dieser fortgeschrieben werde. Bereits umgesetzte Maßnahmen werden entfernt, neue werden eingefügt.

Fahrradabstellplätze OHG

Herr Gerig sagte, dass es beim OHG keine Fahrradabstellplätze für Lehrkräfte gebe. Dies solle die Verwaltung prüfen.

Der Vorsitzende informierte, dass die Lehrerschaft bereits eine Antwort erhalten habe. Das GML werde ein Vor-Ort-Termin vereinbaren.

Parkabstände an Kreuzungen

Herr Gerig fragte, ob sich der Parkabstand an Kreuzungen von fünf auf acht Meter erhöht habe. Das sei bei der Parkplatzberechnung zu berücksichtigen.

Frau Kästner antwortete, dass dies nicht pauschal festgelegt sei.

Der Vorsitzende ergänzte, dass die Abstände zur Kreuzung aus Sicherheitsgründen auf acht bis zehn Meter verlängert werden. Dies sei keine gesetzliche Regelung.

Blumenkübel

Herr Gerig schlug vor, Blumenkübel in der Georg-Friedrich-Denzel-Straße aufzustellen, um Geschwindigkeiten herauszunehmen.

Der Vorsitzende informierte, dass Wanderbäume umgesetzt werden müssten. Eventuell könne dies berücksichtigt werden.



Wanderbaumallee

Herr Blanz befürwortete, die Anschaffung weiterer Bäume, wenn keine vorrätig seien. Die Anwohner*innen würden sich um die Pflege der Bäume kümmern, wenn dadurch der Verkehr ausgebremst werde. Er bat um Rückmeldung, ob dies umgesetzt werden könne.

Frau Kästner erklärte, dass die private Pflege aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht nicht möglich sei.

Herr Bernhard sagte, dass keine weiteren Bäume zur Verfügung stehen.

Nextbike

Herr Bakhtari bat um Zusendung der Ausleihzahlen für die Jahre 2021 und 2022.

Frau Brunner schloss sich dieser Anfrage an und bat darum, dies allen Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Belegung Parkplätze

Des Weiteren bat Herr Bakhtari um eine Auswertung der Parkplatzbelegung für die Jahre 2019 bis 2022, bei der das Jahr 2018 die Basis mit 100 Prozent darstellen solle.

Der Vorsitzende sagte, dass dies wahrscheinlich nicht möglich sei, er aber in der Abteilung nachfragen werde.

Parkverbot bei Straßenreinigung

Herr Triebel erfragte, ob es möglich sei, Veränderungen von Verkehrsschildern besser kenntlich zu machen. Die Anpassung der Straßenreinigungszeiten in der Beethovenstraße wurde nicht bemerkt.

Der Vorsitzende erklärte, dass jede*r Parkende bei jedem Parkvorgang verpflichtet sei, die Beschilderung vor Ort zu überprüfen.

Neuer Messplatz

Herr Triebel erkundigte sich nach einem Update zu dem Antrag Anfang letzten Jahres. Es ging um die Prüfung, ob zwischen dem neuen Messplatz und der Stadt die ÖPNV-Kosten entfallen könnten.

Herr Grewenig sagte, dies sei nicht möglich. Ein Kontrolleur könne nicht nachvollziehen, wo der Fahrgast einsteige.

Herr Triebel meinte, wenn man bei einer zukünftigen Bewirtschaftung den Parkschein als Fahrschein zulasse, dann gebe es das Kontrollproblem nicht.

Herr Grewenig äußerte, dass dies grundsätzlich möglich sei. Allerdings müsste die Stadt die Fahrkostenausfälle dem VRN erstatten.

Herr Baur fand die Idee der Bewirtschaftung von Herrn Triebel gut und meinte gerade in der Anfangszeit sollte man die Linie so subventionieren, damit die Leute am Neuen Messplatz parken.

Herr Bernhard informierte, dass eine Bewirtschaftung des Neuen Messplatzes mehrmals geprüft wurde und man zu dem Ergebnis kam, dass sich dies nicht rentieren würde. Weiterhin zahlen die umliegenden Betriebe einen erheblichen Betrag für die Stellplätze, dies würde bei einer Bewirtschaftung entfallen. Er bezweifelte, dass die



kostenfreie Nutzung der Linie durch ein Parkticket die Auslastung des Parkplatzes erhöhe.

Der Vorsitzende gab zu Bedenken, dass die Bewirtschaftung eines einzelnen Platzes wieder zu einem Verdrängungseffekt führe. Man müsse einen größeren Bereich ins Auge fassen. Eine Diskussion über die Bewirtschaftung des Gewerbegebietes könne in den nächsten zwei Jahren erfolgen. Die hieraus gewonnenen Einnahmen könnten eventuell für eine Verdichtung des Linientaktes verwendet werden.

Herr Triebel ging es darum, dass ein Anreiz geschaffen werde, außerhalb der Stadt zu parken und nicht vorrangig um Einnahmen durch die Bewirtschaftung zu erzielen.

Martin-Luther-Straße

Frau Brunner fragte, ob es einen Zeitplan für die Martin-Luther-Straße gebe. Es scheine, dass sich die Baumaßnahmen des 1. Abschnitts dem Ende neigen und sie fragte wie es mit dem 2. Abschnitt weitergehe.

Herr Bernhard sagte, dass Ende Februar der 1. Abschnitt beendet werde, da der Bau in der Königstraße beginne. Der Platz für die Lagerung von Baumaterial werde vom Unternehmen auch weiterhin auf dem Weißquartierplatz benötigt.

Wlan Ratssaal

Herr Ranalder bat erneut um einen Wlanzugang.



Die Niederschrift über die 24. Sitzung des Mobilitätsausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 11.01.2023 umfasst 8 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 38.

Vorsitzender

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Stefanie Dausch
Schriftführerin